

1.Mai-Rede 2018

in Witten (Marktplatz)

von Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup

Liebe Mai-Demonstrantinnen und Demonstranten,
der 1. Mai ist der Tag der Arbeit.

3.610 Frauen und Männer in Witten haben zurzeit aber keine Arbeit. Das kapitalistische System – in dem die abhängig Beschäftigten ihre Arbeitskraft an Unternehmer verkaufen müssen (weil nur den Unternehmern die Produktionsmittel gehören) – verweigert Arbeitslosen eine auskömmliche Erwerbsarbeit.

Dies gilt auch für die Millionen Arbeitslose und Unterbeschäftigte in ganz Deutschland. Die Bundesagentur für Arbeit weist Ende April diesen Jahres 2,4 Millionen registrierte Arbeitslose in ihrer amtlichen Statistik aus. Tatsächlich waren es aber 3,4 Millionen Arbeitslose.

Fast eine Million Arbeitslose werden schlicht wegdefiniert. Befindet sich z.B. ein Arbeitsloser in einer Weiterbildungsmaßnahme oder hat sich krank gemeldet, dann sind diese Arbeitslosen für die Bundesagentur nicht mehr arbeitslos.

Zählt man noch die Unterbeschäftigten hinzu, die lieber länger arbeiten wollen, als man ihnen eine Möglichkeit dazu bietet, dann haben wir zurzeit rund 6 Millionen Arbeitslose in Deutschland, das entspricht einer Arbeitslosenquote von weit über 13 Prozent und nicht von gut 5 Prozent wie öffentlich behauptet wird.

Auf Witten übertragen bedeutet das: Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen lag in unserer Stadt nicht bei 3.610, sondern bei ca. 5.300 Arbeitslosen und unterbeschäftigten Menschen.

Massenarbeitslosigkeit erträgt ganz Deutschland aber nicht erst seit heute, sondern bereits seit Mitte der 70er Jahre. Das heißt, über 40 Jahre haben wir in Deutschland Arbeitslosigkeit zu beklagen.

„Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt gegen Menschen“, sagt zu Recht der bekannte Soziologe Oskar Negt.

Es ist eine gesellschaftliche Schande, dass abhängig Beschäftigte Menschen in unserer Wirtschaftsordnung nur dann einen „ökonomischen Wert“ haben, wenn ein Unternehmer bereit ist, sie am Arbeitsmarkt nachzufragen – einzukaufen.

Und Unternehmer tun dies nur dann, wenn ihnen die Arbeitskräfte einen Profit garantieren.

Wobei es heute in unserer finanzmarktgetriebenen kapitalistischen Welt ein sehr hoher Profit, eine sehr hohe Ausbeutungsrate, sein muss.

Wie das geht, zeigt uns der gigantisch große Niedriglohnsektor in Deutschland, auf den übrigens bis heute der Sozialdemokrat Gerhard Schröder mächtig stolz ist! Im Niedriglohnsektor erreicht die Ausbeutung von Arbeitskräften besonders hohe Spitzenwerte.

Und der Zuwachs an Beschäftigung, den so viele Demagogen, Populisten und Nichtwissende in Politik und Medien bejubeln, geht fast zu 80 Prozent auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurück.

Es gibt also im Befund an den Arbeitsmärkten nichts zu Jubeln. Jedenfalls nicht für die abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen.

Nur die Unternehmer können jubeln.

Mit der Agenda 2010 Politik von SPD und Bündnis90/Die Grünen wurden ab 2003 zur großen Freude der Kapitalisten die Folterinstrumente für die Arbeitslosen und die abhängig Beschäftigten ausgepackt. Nicht die Arbeitslosigkeit wurde bekämpft, sondern die Arbeitslosen und Beschäftigten.

Im Ergebnis wurde ein Unternehmerstaat geschaffen.

Politik kuschelt heute immer mehr vor den unverschämten Forderungen der Kapitaleigentümer nach Lohn- und Steuersenkungen und einer noch größeren Beschneidung des Sozialstaats.

Die Begründung ist hier interessant: Deutschland würde ansonsten seine Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Ich empfehle diesbezüglich einmal einen Blick in die deutsche Leistungsbilanz zu werfen. Die zeigt gigantische Überschüsse. Da müssen wir uns über unsere Wettbewerbsfähigkeit keine Sorgen machen.

Im Gegenteil: Wir produzieren viel zu viel fürs Ausland mit. Deutschland exportiert so mit seinen riesigen Exportüberschüssen Arbeitslosigkeit und die Importländer müssen sich bei uns verschulden.

Das kann auf Dauer nicht gut gehen. So kommt es am Ende zu Handelskriegen.

Und der Befund wird auch nicht besser, wenn man sich die Entwicklung seit der Wiedervereinigung anschaut. Von 1991 bis 2017 haben hier die Deutschen ein verfügbares Einkommen von kumuliert 52,1 Billionen Euro erarbeitet. Konsumiert wurden davon 47,3 Billionen Euro. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass der Konsum völlig ungleich verteilt war. Die einen konnten Porsche als Zweitwagen fahren und die anderen sich nicht einmal ein Auto leisten.

Nach Abzug des gesamten Konsums blieben in Deutschland noch 4,8 Billionen Euro an Ersparnissen übrig. Auch die Ersparnis war völlig ungleich verteilt. Jeder hier auf dem Marktplatz kann sich ja einmal fragen, wie groß seine kumulierten Ersparnisse von 1991 bis 2017 waren.

Gesamtwirtschaftlich lautet jedenfalls die entscheidende Frage, wo die 4,8 Billionen Euro Ersparnisse geblieben sind? Ich will es Ihnen sagen: 2,5 Billionen Euro wurden in Deutschland investiert und 2,3 Billionen Euro flossen als Kapitalexporte zur Finanzierung der Importüberschüsse anderer Länder ins Ausland ab.

Wir brauchen in Deutschland deshalb endlich eine mehr binnenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik. In unserem Land gibt es so viele Defizite, die dringend durch eine sozial-ökologisch ausgerichtete Politik angegangen werden müssen.

Ich komme darauf noch zurück!

Von 2010 bis 2017 lag in Deutschland die nominale durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 3,6 Prozent. Zieht man die Inflationsrate ab, so blieb noch ein reales, also ein preisbereinigtes, Wachstum von jahresdurchschnittlich 2 Prozent übrig.

Das ist ein ordentliches Wachstum für eine hochentwickelte Volkswirtschaft.

Hier muss man aber wissen, dass die Produktivitätsrate nur bei jahresdurchschnittlich 1,2 Prozent lag und deshalb das Arbeitsvolumen um 0,8 Prozentpunkte zulegen musste. Da außerdem noch durch Teilzeit und geringfügige Beschäftigung das Arbeitsvolumen um weitere 0,2 Prozentpunkte stieg, kam es insgesamt zu den positiven Schein-Beschäftigungseffekten, die von ökonomischen Laien und der Politik bejubelt werden.

Mehr Volksverdummung geht nicht!

Und trotz dieser Scheineffekte und des Wachstums wurde die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Dies zeigt ein vollständiges System- und Politikversagen.

Und dies bei enorm hohen fiskalischen Kosten, die die Arbeitslosigkeit verursacht.

Allein von 2001 bis 2015 betrugen die gesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit pro Jahr im Durchschnitt fast 70 Milliarden Euro.

Liebe Politikerinnen und Politiker,

und vor diesen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen geißelt ihr ein paar Milliarden Euro zusätzlicher Staatsverschuldung in Deutschland. Die Finanzminister, egal von welcher Partei, tragen die „schwarze Null“ im Staatshaushalt vor sich her – wie eine Monstranz.

Den neuen SPD-Finanzminister nennt man in Berlin schon den „geklonten Schäuble“.

Mit der „schwarzen Null“ opfert unsere Politikerelite – liebe Kolleginnen und Kollegen – die öffentliche Infrastruktur, die ökologische Vorsorge, die Bildung, die Altenpflege, die Gesundheitsversorgung und eine öffentliche Wohnungswirtschaft, die für bezahlbaren Wohnraum sorgen könnte.

Und nicht zuletzt greift die herrschende Politik grundsätzlich den Sozialstaat – der in der Verfassung geschützt ist – dennoch in einer verfassungsfeindlichen Art und Weise an.

Und die politische Elite wundert sich anschließend über einen gefährlichen Demokratieverfall in unserer Gesellschaft und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien, wovon eine mittlerweile im Deutschen Bundestag zur größten Oppositionspartei geworden ist und in vielen Landtagen sitzt.

Ich glaube, bei den Politikerinnen und Politikern ist noch viel intellektueller Spielraum nach oben vorhanden.

Wacht endlich auf, und beendet euren neoliberalen Wahn von einer marktzentrierten Gesellschaft und einem bis zur Unkenntlichkeit geschrumpften Staat – der nichts mehr zu sagen haben soll.

Die von Merkel ausgerufene „marktkonforme Demokratie“ ist eine unerträgliche Forderung, die zur Zerstörung einer nur akzeptablen politischen Demokratie führt.

Nur in der neoklassischen Ökonomie ist die „unsichtbare Hand“ des Wettbewerbs bis heute unkritisch akzeptiert. Demnach schafft der Markt ohne staatliche Interventionen immer die besten Ergebnisse für alle. Was immer auch der Einzelne auf dem Markt tut,

wie immer er seinen Begierden, Neigungen und Egoismen nachgeht, die „unsichtbare Hand“ wird alles zum Wohle aller wenden.

Dies ist aber nur eine Sicht in der Wirtschaftswissenschaft. Und diese Sicht ist längst von kritischen Ökonomen widerlegt worden. Nicht nur von dem großen britischen Ökonomen John Maynard Keynes – und dem nach ihm benannten Keynesianismus.

Die Marktradikalen haben nicht einmal verstanden, dass ihr so viel gepriesener Wettbewerb durch eine gigantisch hohe Marktkonzentration längst pervertiert wird.

Ein Wettbewerbs-Fundamentalismus, das lehrt die ökonomische Geschichte, hat am Ende nur grausames Hinterlassen. Häufig ging der Weg über Kriege, an dessen Ende immer nur die Toten gezählt werden.

Erstaunt es da, dass mal wieder mehr Rüstungsausgaben gefordert werden?

Politik soll lieber dafür sorgen, dass in Deutschland nicht jedes fünfte Kind in Armut aufwachsen muss und dass 6 Millionen Menschen unter uns mit Hartz-IV auskommen müssen.

Auch in der Weltwirtschaftskrise in den 20er Jahren glaubte die Politik an entfesselte freie Märkte und an eine Finanzpolitik der „schwarzen Null“. Wo das endete wissen wir.

Erschreckend ist, dass die neoliberal intendierte Politik heute wieder uneingeschränkt an liberalisierte Märkte und an die „schwarze Null“ im Staatshaushalt fest glaubt und damit hinter den wissenschaftlichen Erkenntnissen des sich nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Keynesianismus gefallen ist.

Dieser wohlfahrtsstaatlich angelegte Keynesianismus passte aber den Unternehmern und Vermögenden nicht. Er drückte die Profitrate und erhöhte die Einkommen der abhängig Beschäftigten. Und er sorgte für einen Ausbau des Sozialstaates.

Deshalb wird der Keynesianismus heute in einer nicht mehr zu überbietenden Borniertheit diskreditiert. Dass hier die SPD vorne wegmaschiert erstaunt.

Oder ist es nur das Ergebnis der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung, wie gerade der bekannte französische Ökonom Thomas Piketty, in einer empirischen Studie festgestellt hat, dass alle großen Parteien nur noch Werkzeuge der Superreichen sind, in deren Auftrag sie die Bevölkerung manipulieren und einen womöglichen Widerstand von unten bewußt niederhalten. Die deutschen Philosophen Adorno und Horkheimer haben in diesem Kontext in den 1960er Jahren schon von einer „privilegierten Komplizenschaft“ gesprochen.

Was sind aber eigentlich die mit dem Keynesianismus immer wieder fälschlich in Verbindung gebrachten Ursachen für eine systemisch immanent notwendige Staatsverschuldung?

Diese Ursachen heißen Massenarbeitslosigkeit und Steuersenkungen für Reiche und Unternehmer in unserem Land! Schaffen wir beide Ursachen ab, dann haben wir auch keine Staatsverschuldung mehr!

Arbeitslosigkeit – liebe Kolleginnen und Kollegen – ist der beste Garant für eine hohe Ausbeutung. Dies zeigt die Entwicklung der Lohnquote, das heißt, wieviel die abhängig

Beschäftigten von den von ihnen geschaffenen Werten, der Wertschöpfung, abbekommen. Hier ist in Summe von 1991 bis 2017 eine gigantische Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten zu beklagen.

Gemessen an der höchsten Lohnquote des Jahres 1993, mit 72,4 Prozent, hätten die Beschäftigten fast 1,8 Billionen Euro mehr an Einkommen erzielt, als sie tatsächlich bekommen haben, wenn die Lohnquote bei dem Wert von 1993 geblieben wäre.

Das war aber nicht der Fall. Sie ging bis 2007 auf gut 63 Prozent zurück, um dann bis heute auf wieder gut 68 Prozent zu steigen.

Und die Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten, und damit zugunsten des Profits, zeigt sich auch in der Eigenkapitalrendite, die in Deutschland Spitzenwerte erreicht. So kam die Profitrate, also der Gewinn bezogen auf das eingesetzte Eigenkapital der Unternehmer, von 2005 bis 2016 auf einen Durchschnittswert von sage und schreibe 23,2 Prozent vor Gewinnsteuern und 18,2 Prozent nach Steuern.

Die hieraus resultierende Profitmasse ist aber, wie schon ausgeführt, überwiegend nicht in binnenwirtschaftliche Investitionen geflossen, sondern zur Finanzierung der Exportüberschüsse, über nachwievor hochspekulative Finanzmärkte, im Ausland gelandet.

Wir brauchen – nicht nur in Deutschland –, sondern in der gesamten EU, eine links-keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik.

Für eine solche Politik steht seit 1975 die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, ein Zusammenschluss von kritischen Ökonomen und Gewerkschaftlern. Gerade haben wir in Berlin unser 43. Gegengutachten – unter dem Titel „Preis der ‚schwarzen Null‘: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken“ – zum neoliberal ausgerichteten Sachverständigenrat (SVR) der Bundesregierung, den sogenannten „Fünf Weisen“, vorgelegt.

Die Arbeitsgruppe, deren Sprecher ich bin, fordert ein solidarisches Europa.

Abschaffung des Europäischen Fiskalpakts und Schluss mit der ökonomisch sinnlosen staatlichen Austeritäts- bzw. Kürzungspolitik.

Stattdessen fordern wir eine europäisch koordinierte Schuldenaufnahmepolitik mit staatlichen Anleihen auf dem Kapitalmarkt durch die EU, um damit auch der Spekulation Herr zu werden.

Die aufgenommenen Kredite müssen für ein europäisches Investitionsprogramm, für Infrastruktur und Umwelt, verwandt werden. Dies führt automatisch über Multiplikatoreffekte auch zu mehr Beschäftigung.

Gleichzeitig muss es zu einer wirklichen EU-Finanzmarktregulierung kommen, die weit über die Bankenunion hinausgreift.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert auch ein Ende des Steuerdumpings und eine Austrocknung sämtlicher Steueroasen in Europa.

Wir fordern von der Politik ebenso die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und wir fordern eine Europäische Sozialunion mit sozialen Sicherungssystemen, insbesondere auch fürs Alter.

Und nicht zuletzt fordern wir, insbesondere in Bezug auf die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, einen Europäischen Sanktionsmechanismus, der bei 4 Prozent Überschuss des Bruttoinlandsprodukts aktiv wird.

Auf nationaler Ebene in Deutschland muss dringend mit der aufgezeigten Umverteilung von unten nach oben, von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften Schluss gemacht werden. Die nominalen Löhne und Gehälter müssen mindestens mit der Produktivitäts- und Inflationsrate zulegen. Dies war wie aufgezeigt in der Vergangenheit nicht annähernd der Fall.

Daneben muss die Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich in Richtung einer 30-Stunden-Woche gekürzt und umgesetzt werden.

Dies führt zu einer Umverteilung von oben nach unten. Das heißt, mit der Arbeitszeitverkürzung schaffen wir es, die seit Jahrzehnten betriebene Ungerechtigkeit der Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten und Arbeitslosen aus der Welt zu bringen.

Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen werden aber nur dann durchsetzbar sein, wenn die abhängig Beschäftigten endlich begreifen, dass sie sich in den Gewerkschaften organisieren müssen.

Es kann nicht sein, dass wir in Deutschland 40 Millionen abhängig Beschäftigte und nur 6 Millionen in den DGB-Gewerkschaften organisierte Mitgliederinnen und Mitglieder haben. Das entspricht mal gerade einem Organisationsgrad von nur 15 Prozent.

Hier muss es bei den Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern zu einem völligen Umdenken kommen. Sie sollten eigentlich wissen, dass nur die Solidarität, der Zusammenschluss in den Gewerkschaften, eine notwendige Gegenmacht zum Kapital schafft.

Und ich wende mich hier noch einmal an die Politik:

Führt endlich in Deutschland wieder eine Vermögensteuer ein. Eure letzte Novellierung der Erbschaftsteuer war mal wieder eine Lachnummer – aber nur für die Erben, die bekanntlich für ihre Erbschaft nichts geleistet haben.

Kritische Ökonomen wissen: Solange vererbt wird, gibt es keine wirkliche Demokratie.

Dies zeigt uns überdeutlich der empirische weltweite Befund, dass nur 8 Menschen auf der Erde so viel an Vermögen erbeutet haben, wie die Hälfte der Menschheit zusammen? Das sind etwa 3,6 Milliarden Menschen.

Die andere Hälfte, also auch 3,6 Milliarden Menschen, haben überhaupt kein Vermögen. Sie haben nur ihre „nackte Haut, die sie täglich zum Markt tragen müssen“, wie Karl Marx, der große Deutsche, vor 200 Jahren 1818 in Trier geboren, es einmal formulierte. Daran hat sich bis heute nichts verändert.

Übrigens sind es auch 45 Deutsche, die insgesamt so viel an Vermögen haben, wie die Hälfte der deutschen Bevölkerung zusammen. Erbschaftsteuer wollen sie aber nicht zahlen!

Nur in Deutschland werden in den nächsten Jahren bis 2024 allein rund 3,1 Billionen Euro vererbt. Das sind pro Jahr rund 300 Milliarden Euro. Wenn es hier nicht zu einer Änderung kommt, wird der Staat beim Vererben etwa auf 5 bis 6 Milliarden Euro pro Jahr an Erbschaftssteuern kommen. Das entspricht dann einer lächerlichen Steuerquote von unter 2 Prozent.

Und der herrschenden Politik sei hier auch noch gesagt, berichtigt auch endlich eure fatale Einkommensteuerepolitik.

Der Spitzensteuersatz gehört auf 53 Prozent wieder angehoben.

Die Kapitaleinkünfte sind mit dem persönlichen Einkommensteuersatz zu besteuern und nicht mit einer Abgeltungsteuer von nur 25 Prozent

Die Körperschaftsteuer für Kapitalunternehmen ist von 15 auf 30 Prozent anzuheben und die Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer auszubauen. Hier sind u.a. alle freien Berufe mit Befreiungsgrenzen in die Steuerpflicht zu nehmen.

Und stellt in den Finanzämtern endlich ausreichende Betriebsprüfer ein.

Abschließend sei der herrschenden Politik noch ins Stammbuch geschrieben, dass eine umfassende Wirtschaftspolitik, auch eine Ordnungspolitik umfasst. Und diese Ordnungspolitik verlangt nach einer Wirtschaftsdemokratie. Das was wir für den Staat als selbstverständlich erachten, muss dringend auch für die Wirtschaft gelten.

Hierzu muss die heute bestehende Übermacht des Kapitals – der Unternehmer – durch eine gleichberechtigte Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften endlich aufgehoben werden.

Dies ist eine alte gewerkschaftliche Forderung. Hier sei an das erste DGB-Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1949 erinnert. Ohne Wirtschaftsdemokratie werden wir den zukünftig zunehmenden Verwerfungen des kapitalistischen Systems nicht mehr Herr werden können.

Lasst uns also Streiten und für eine bessere Zukunft gemeinsam kämpfen. Ich bin als Wirtschaftswissenschaftler dabei gerne an eurer Seite.

Glückauf!